

Dein Leben, Deine Daten:

Der ultimative Leitfaden zum neuen Wehrdienst und wie Du Deine Rechte schützt

Teil 1: Die neue Realität – Deutschlands Rückkehr zur Wehrpflicht

1.1 Warum jetzt? Die "Zeitenwende" und was sie für Dich bedeutet

Du bist in einer Zeit aufgewachsen, in der die Bundeswehr für viele junge Menschen kaum eine Rolle spielte. Die Wehrpflicht war seit 2011 ausgesetzt, und ein Dienst in der Armee war eine rein freiwillige Entscheidung.¹ Doch das ändert sich gerade grundlegend. Politiker und Militärs sprechen von einer **"Zeitenwende"**, einem tiefgreifenden Wandel der Sicherheitslage in Europa. Der Hauptgrund für diese Neubewertung ist der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der die europäische Friedensordnung erschüttert hat.²

Die Bundesregierung und das Verteidigungsministerium argumentieren, dass Deutschland und seine Verbündeten in der NATO zur Abschreckung fähig sein müssen. Das Ziel ist es, Deutschland **"kriegstüchtig"** zu machen – also so gut vorbereitet zu sein, dass ein potenzieller Angreifer von vornherein davon abgeschreckt wird, NATO-Territorium anzugreifen.³ Um dieses Ziel zu erreichen, soll die Bundeswehr personell deutlich wachsen. Aktuell hat sie rund 181.000 Soldatinnen und Soldaten, doch langfristig wird eine Stärke von bis zu 460.000 angestrebt, inklusive einer großen, schnell mobilisierbaren Reserve.⁵

Diese Pläne sind Gegenstand intensiver politischer Debatten, die quer durch alle Parteien geführt werden.⁶ Es geht dabei nicht einfach um eine Rückkehr zur alten Wehrpflicht, wie es sie vor 2011 gab. Stattdessen wird ein neues Modell entwickelt, das auf die aktuellen Herausforderungen zugeschnitten ist.³ Für Dich und Deine Generation bedeutet das: Die Frage, ob Du einen Dienst für den Staat leistest, wird wieder zu einer realen und möglicherweise **verpflichtenden Lebensentscheidung**.

1.2 Der "Neue Wehrdienst": Ein schrittweiser Überblick

Das von Verteidigungsminister Boris Pistorius vorgestellte Modell, oft als "Neuer Wehrdienst" bezeichnet, ist ein mehrstufiger Prozess, der lange vor einem möglichen Dienstantritt beginnt. Es ist entscheidend, diese Schritte zu verstehen, da sie unterschiedliche Grade an Freiwilligkeit und Pflicht beinhalten.³

Phase 1: Die Erfassung (ab 2026 geplant)

Der Prozess beginnt mit einer umfassenden Datenerfassung. Alle jungen Menschen in Deutschland sollen zum 18. Geburtstag einen Fragebogen zugeschickt bekommen.³ Hier gibt es jedoch einen entscheidenden Unterschied, der die Geschlechter betrifft:

- **Für junge Männer:** Das Ausfüllen und Zurücksenden des Fragebogens ist **verpflichtend**.
- **Für junge Frauen:** Das Ausfüllen ist freiwillig.

In diesem Fragebogen werden unter anderem Dein Interesse an einem Dienst in der Bundeswehr, Deine Motivation und eine Selbsteinschätzung Deiner körperlichen Fitness abgefragt.³

Obwohl die Regierung das Modell als auf "Freiwilligkeit" basierend darstellt, ist bereits diese erste Phase für Männer ein obligatorischer Akt. Es handelt sich um ein System zur **verpflichtenden Datenerhebung**. Das erklärte Ziel ist es, ein umfassendes "Lagebild" über alle potenziell wehrfähigen Personen eines Jahrgangs zu erhalten, um im Krisenfall auf einen verlässlichen Datenbestand zurückgreifen zu können.² Was Du in diesem Fragebogen angibst, ist nicht folgenlos. Aus dem Gesetzentwurf geht hervor, dass Deine bekundete Bereitschaft und Deine Angaben zur Fitness herangezogen werden können, um zu entscheiden, wer im Falle einer Reaktivierung der Wehrpflicht als Erstes einberufen wird.¹⁵

Phase 2: Die Musterung (ab Juli 2027 geplant)

Basierend auf den Antworten im Fragebogen und dem Personalbedarf der Bundeswehr wird ein Teil der jungen Männer zur Musterung vorgeladen. Schätzungen gehen davon aus, dass von jährlich rund 400.000 Männern, die den Fragebogen ausfüllen müssen, etwa 40.000 zur Musterung bestellt werden könnten.⁵

- **Für Männer:** Die Teilnahme an der Musterung ist nach Aufforderung ebenfalls **verpflichtend**.³
- **Für Frauen:** Sie können sich freiwillig zur Musterung melden.³

Die Musterung ist eine umfassende Eignungsfeststellung. Sie beinhaltet ärztliche Untersuchungen und psychologische Tests, um festzustellen, ob Du für den Militärdienst tauglich bist.

Phase 3: Der Dienstantritt

Nach der Musterung erfolgt die Auswahl der Rekruten. Offiziell setzt das Modell hier auf eine "Bestenauswahl" und will vorrangig die geeignetsten und motiviertesten Kandidaten für den Dienst gewinnen.³ Der eigentliche Dienstantritt soll also auf freiwilliger Basis erfolgen.

1.3 Dienst aus freier Wahl... oder per Gesetz? Die eingebaute Pflicht

Der entscheidende Punkt des neuen Systems ist, dass es nicht bei der Freiwilligkeit bleiben muss. Der Gesetzentwurf zur Modernisierung des Wehrdienstes – das sogenannte Wehrdienst-Modernisierungsgesetz (WDMoG) – enthält eine Art rechtliche "Hintertür" zur Wiedereinführung einer allgemeinen Wehrpflicht auch in Friedenszeiten.⁴

Konkret sieht der Entwurf vor, dass die Bundesregierung mit Zustimmung des Bun-

destages per Rechtsverordnung die **verpflichtende Einberufung** zum Grundwehrdienst anordnen kann. Dies soll möglich sein, "wenn die verteidigungspolitische Lage einen kurzfristigen Aufwuchs der Streitkräfte zwingend erfordert, der auf freiwilliger Grundlage nicht erreichbar ist".⁴

Das bedeutet für Dich: Der Wechsel von einem freiwilligen zu einem verpflichtenden Dienst ist rechtlich bereits im Gesetz angelegt und erfordert keinen Spannungs- oder Verteidigungsfall. Sollten sich nicht genügend Freiwillige melden, um die Personalziele der Bundeswehr zu erreichen, kann die Pflicht per Parlamentsbeschluss aktiviert werden.⁸

Teil 2: Die Datenspür – Wie der Staat erfährt, wer Du bist

Bevor der Staat Dich kontaktieren, befragen oder mustern kann, muss er wissen, wer Du bist und wo Du wohnst.

2.1 Das Melderegister: Die zentrale Datenbank über Dich

Die Schaltzentrale für alle personenbezogenen Daten in Deutschland ist das Melderegister Deiner Stadt oder Gemeinde. Dort werden Deine grundlegenden Daten gemäß dem Bundesmeldegesetz (BMG) gespeichert (Name, Geburtsdatum, Anschrift, Staatsangehörigkeit, etc.).²⁰ Dieses Register ist die primäre Datenquelle, auf die andere staatliche Stellen zugreifen.

2.2 Daten für die Verteidigung: Der Zugriff der Bundeswehr

Die Art und Weise, wie die Bundeswehr an Deine Daten gelangt, steht vor einer radikalen Veränderung.

2.2.1 Das BISHERIGE System (gültig bis ca. 2026): Datenweitergabe für Werbung

Nach der aktuellen Rechtslage ist der Prozess wie folgt geregelt:

- Die Meldebehörden übermitteln jährlich die Daten von Personen, die im nächsten Jahr 18 werden, an das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr.²²
- Der Zweck ist ausschließlich die **Übersendung von Informationsmaterial** (Werbung).
- **Wichtiges Recht:** Du hast das ausdrückliche Recht, dieser Datenübermittlung zu widersprechen (§ 36 Absatz 2 BMG).²²

2.2.2 Das NEUE System (geplant ab 2026): Direkter Datenabruf zur Wehrerfassung

Das neue Wehrdienst-Modernisierungsgesetz (WDMoG) stellt dieses System auf den Kopf:

- **Direkter Datenabruf:** Die Bundeswehr darf Daten direkt aus den Melderegistern abrufen (§ 15 WPflG-E).¹²
- **Erweiterter Datenumfang:** Neben Namen auch frühere Namen, Familienstand, weitere Staatsangehörigkeiten.
- **Neuer Zweck:** Es geht um die offizielle "Wehrerfassung", nicht mehr um Werbung.

Dramatische Folge: Das bisherige Widerspruchsrecht wird gezielt ausgehebelt. Da das neue Gesetz einen neuen Zweck (Wehrerfassung) schafft, läuft der alte Widerspruch ins Leere. Der Gesetzentwurf enthält **keine** neue Widerspruchsmöglichkeit gegen diesen Abruf. Das Ziel ist ein lückenloses "Lagebild".²

2.3 Daten für die Politik: Wie Parteien an Deine Adresse kommen

Unabhängig von der Bundeswehr dürfen Parteien vor Wahlen Daten aus dem Melderegister anfordern (§ 50 Absatz 1 BMG).²⁰ **Die gute Nachricht:** Dein Recht, dieser spezifischen Datenweitergabe zu widersprechen, bleibt vom neuen Wehrdienstgesetz völlig unberührt (§ 50 Absatz 5 BMG).²⁴

Teil 3: Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung – Dein praktischer Leitfaden

3.1 Dein Grundrecht: Die Macht des Widerspruchs

Das Bundesmeldegesetz gibt Dir das Werkzeug des Widerspruchs in die Hand. Hier ist der Status Quo:

Zweck	Rechtsgrundlage	Widerspruch möglich? (Aktuell)	Status unter neuem Gesetz (ab 2026)
Bundeswehr (Infomaterial)	§ 58c SG / § 36 BMG	Ja	Wird voraussichtlich ersetzt
Bundeswehr (Wehrerfassung)	§ 15 WPflG-E (neu)	Nein	Kein Widerspruchsrecht vorgesehen
Politische Parteien	§ 50 Abs. 1 BMG	Ja	Unverändert gültig

3.2 Widerspruch gegen die Bundeswehr: Warum Du es trotzdem tun solltest

Auch wenn das neue Gesetz das Widerspruchsrecht für die "Erfassung" abschafft, lautet die klare Empfehlung: **Lege trotzdem jetzt einen Widerspruch ein!**

- **Schutz in der Übergangszeit:** Bis das Gesetz voll greift, schützt der alte Widerspruch.
- **Politisches Signal:** Wenn Tausende widersprechen, ist das ein Zeichen.
- **Kein Risiko:** Es ist kostenlos.

3.4 Schritt-für-Schritt: Das Musterschreiben

Sende dieses Schreiben an das Bürgeramt/Einwohnermeldeamt Deines Hauptwohnsitzes.

Musterschreiben / Kopiervorlage

An die Meldebehörde

[Ort/Stadtverwaltung]

Betreff: Widerspruch gegen die Übermittlung meiner Meldedaten gemäß BMG

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit widerspreche ich gemäß den entsprechenden Paragraphen des Bundesmeldegesetzes (BMG) der Übermittlung meiner personenbezogenen Daten aus dem Melderegister für die nachfolgend genannten Zwecke.

Ich bitte Sie, die entsprechenden Sperrvermerke in meinem Datensatz einzutragen.

[X] Gemäß § 36 Abs. 2 BMG widerspreche ich der Datenübermittlung an das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr zum Zwecke der Übersendung von Informationsmaterial nach § 58c Soldatengesetz.

[X] Gemäß § 50 Abs. 5 BMG widerspreche ich der Datenübermittlung an Parteien, Wählergruppen und andere Träger von Wahlvorschlägen im Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen nach § 50 Abs. 1 BMG.

[X] Gemäß § 50 Abs. 5 BMG widerspreche ich der Datenübermittlung an Mandatsträger, Presse oder Rundfunk aus Anlass von Alters- und Ehejubiläen nach § 50 Abs. 2 BMG.

[X] Gemäß § 50 Abs. 5 BMG widerspreche ich der Datenübermittlung an Adressbuchverlage nach § 50 Abs. 3 BMG.

Dieser Widerspruch gilt bis zu meinem schriftlichen Widerruf. Bitte bestätigen Sie mir schriftlich den Eingang dieses Schreibens und die Einrichtung der Übermittlungssperren.

Mit freundlichen Grüßen

(Deine Unterschrift)

Quellenangaben

1. New military service: How prepared are we? | Politbarometer2go - YouTube
2. Neuer Wehrdienst für Deutschland - Bundesministerium der Verteidigung
3. Der „Neue Wehrdienst“: Pistorius setzt auf Auswahl und Freiwilligkeit
4. Geplantes neues Wehrdienstmodell erstmals beraten - Deutscher Bundestag
5. Bundeswehr - Pistorius geht erste Schritte Richtung Wehrpflicht
6. Bundeswehr: Wehrpflicht oder Freiwilligkeit - Union & SPD uneins
7. Bundestag debattiert über Gesetzentwurf für neuen Wehrdienst
8. Bundestag-Debatte zum Wehrdienst: Pistorius verteidigt „hitzige Debatte“
9. Kompromisstöne bei erster Wehrdienst-Beratung im Bundestag
10. Gesetzentwurf für neue Wehrpflicht: Pistorius legt Kriterien für Pflichteinberufung fest
11. Debatte um die Wehrpflicht: SPD-General schließt Zwangs-Wehrdienst aus
12. Deutscher Bundestag Drucksache 21/1853 Gesetzentwurf der Bundesregierung
13. Bundesrat 441/25 Gesetzentwurf - Deutscher Bundestag
14. Referentenentwurf - des Bundesministeriums der Verteidigung
15. BMVg-Entwurf: Unausgegorene Reaktivierung der Wehrpflicht - LTO
16. Wehrdienst: Kanzleramt forderte Nachschärfung des Entwurfs
17. Kabinett beschließt Gesetz für neuen Wehrdienst - YouTube
18. Neuer Wehrdienst: Wie Pistorius die Bundeswehr für den Ernstfall rüsten will
19. Bericht: Pistorius definiert Wehrdienst-Kriterien - ZDFheute
20. Bundesmeldegesetz (BMG) / § 50 Melderegisterauskünfte in besonderen Fällen
21. Rechte der Betroffenen bei Meldebehörden | datenschutz.hessen.de
22. Bekanntmachung 2024 über das Widerspruchsrecht gegen Datenübermittlungen
23. Widerspruchsrecht zur Übermittlung von Daten aus dem Melderegister - Steinfurt
24. FAQ Datenweitergabe durch Meldebehörden | Datenschutz BW
25. Dienstleistung Widerspruch Datenübermittlung - Halle (Saale)
26. Bundesmeldegesetz (BMG) § 36 Regelmäßige Datenübermittlungen
27. Widerspruch Zur Datenübermittlung - Amt Stargarder Land
28. Widerspruch gegen die Übermittlung von Einwohnerdaten - Stadt Geseke
29. Verfahrensbeschreibung Melderegisterauskunft - Stadt Heidelberg
30. Wahlwerbung per Post: Datenschutz und Widerspruchsrecht | LfD Niedersachsen
31. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des BMG
32. WIDERSPRUCH nach dem Bundesmeldegesetz ERKLÄRUNG (Bielefeld)
33. WIDERSPRUCH und EINWILLIGUNG nach dem Bundesmeldegesetz (Herne)
34. Widerspruch gegen Datenübermittlung nach dem BMG (Duisburg)
35. Wehrpflichtgesetz: Widerspruch gegen die Datenübermittlung - Dülmen
36. Widerspruch gegen die Weitergabe meiner Daten - Dortmund
37. Widerspruchs-Tool für Jugendliche und ihre Eltern – Unter 18 nie!
38. Unter 18 nie! – Keine Minderjährigen in der Bundeswehr